Donnerstag, 6. Juli 2000

20. Menschenrechte: Hooligans

B5-0625, 0632 und 0649/2000

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Fußballeuropameisterschaft 2000

Das Europäische Parlament,

- A. in der Erwägung, daß die belgischen und niederländischen Behörden in der Lage waren, eine große Fußballmeisterschaft und die damit zusammenhängenden Veranstaltungen zu organisieren,
 - B. in der Erwägung, daß die belgischen und niederländischen Behörden gezeigt haben, daß sie die öffentliche Ordnung voll und ganz unter Kontrolle hatten und in der Lage waren, während der Veranstaltungen rund um die Euro 2000 strukturelle Störungen zu verhindern,
 - C. in Erwägung der gemeinsamen Aktion des belgischen und niederländischen Innenministers um festzustellen, ob ein Ausreiseverbot für verurteilte Hooligans realisierbar ist,
 - D. in der Erwägung, daß die große Mehrheit der Fußballfans durch ihr Verhalten eine friedliche Euro 2000 unterstützt hat,
 - E. unter Hinweis darauf, daß Hooliganismus zu einem immer größeren Problem wird, das zu hohen Kosten für die Gesellschaft führt und völlig unakzeptable Ausmaße annimmt, und daß alle Formen des Hooliganismus zu verurteilen sind,
 - F. in der Erwägung, daß die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dieses Phänomen radikal bekämpfen müssen, das zu gewissen Zeitpunkten zu einem grenzüberschreitenden Problem wird und die europäische Idee und Solidarität innerhalb der Europäischen Union untergräbt,
 - G. mit der Feststellung, daß es wiederholt schwere Unruhen während der Euro 2000 in Brüssel und an dem Tag, an dem Deutschland gegen England spielte, auch in Charleroi gab, an denen jedesmal englische Fußballfans beteiligt waren,
 - H. in der Erwägung, daß die britischen Behörden eingeräumt haben, daß es Probleme damit gab, die englischen Hooligans an der Ausreise nach Belgien zu hindern, und daß die Behörden anderer EU-Mitgliedstaaten die erforderlichen Präventivmaßnahmen ergriffen, um ihren „harten Kern“ innerhalb der nationalen Grenzen festzuhalten,
1. begrüßt die von der niederländischen und belgischen Regierung ergriffenen Maßnahmen, die zu einer erfolgreichen Euro 2000 geführt haben;
 2. begrüßt das Verhalten der großen Mehrheit der Fußballfans und die von der UEFA ergriffenen praktischen Maßnahmen;
 3. stellt fest, daß in vielen Fällen die Hooligans an rassistischen, fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Gewalttätigkeiten beteiligt waren;
 4. fordert alle Regierungen, deren Fußballteams auf europäischen Turnieren vertreten sind, auf, zu handeln, um den Fußball-Hooliganismus vorherzusehen und zu verhindern und zusammenzuarbeiten, damit effektive Maßnahmen bei der Bekämpfung des Hooliganismus zum Tragen kommen, wenn ein Turnier begonnen hat;
 5. fordert, daß die beteiligten nationalen Regierungen künftig ausreichende Präventivmaßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß Hooligans, die bereits in Fußballkrawalle verwickelt waren, in Länder reisen, in denen ihre Nationalmannschaft oder ihr Klub spielt, und unterstützt die niederländisch-belgische Initiative eines Verbots der Ausreise festgenommener Hooligans zu Fußballspielen, die potentiell als Gefahrenquelle angesehen werden;
 6. fordert die britische Regierung auf, in Erwägung zu ziehen, die Kosten für den Rücktransport der englischen Hooligans in belgischen C-130-Flugzeugen mitzutragen;
 7. fordert die UEFA und andere Veranstalter auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß alle Bürger auf sichere und würdevolle Weise an Sportveranstaltungen teilnehmen können;

Donnerstag, 6. Juli 2000

8. bedauert den Einsatz von Gewalt gegen Journalisten, die ihre Arbeit tun, und fordert die niederländischen Behörden auf, eine angemessene Untersuchung der Begleitumstände dieser Vorfälle durchzuführen, um festzustellen, wer verantwortlich war;
9. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten sowie dem UEFA-Präsidenten zu übermitteln.

21. Menschenrechte: Irak

B5-0618, 0626, 0633 und 0650/2000

EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zum Irak

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren EntschlieÙungen zum Irak, insbesondere seine EntschlieÙung vom 13. April 2000⁽¹⁾,
 - A. in der Erwägung, daß die irakische Regierung weiterhin verpflichtet ist, die Kontrolle der UN im Hinblick auf die Zerstörung der Kernwaffen und der chemischen Waffen zu akzeptieren und zu fördern, sowie mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes zusammenzuarbeiten, das beauftragt ist, alle verschwundenen Personen im Zusammenhang mit der Besetzung Kuwaits durch den Irak aufzuspüren und in die Heimat zurückzuführen,
 - B. in Erwägung der tragischen Lage, in der sich das irakische Volk aufgrund der Anwendung des Embargos befindet,
 - C. in der Erwägung, daß diese Sanktionen zur Zerstörung einer alten Zivilisation und der Lebensbedingungen der 22 Millionen zählenden irakischen Bevölkerung geführt haben,
 - D. in der Erwägung, daß die akademischen, medizinischen und wissenschaftlichen Kreise aufgrund des Embargos in diesem Bereich von den Fortschritten in der Technologie ausgeschlossen wurden,
 - E. in der Erwägung, daß das soziale Gefüge einer traditionellen Gesellschaft zerrissen wurde,
 - F. in der Erwägung, daß dem Irak eine Flugverbotszone zur Auflage gemacht wurde, damit die irakischen Luftstreitkräfte nicht gegen die Bevölkerung kurdischen Ursprungs und die südirakische Bevölkerung vorgehen konnten,
 - G. in der Erwägung, daß die Durchsetzung der Flugverbotszone zu einer Reihe militärischer Aktionen geführt hat, in deren Verlauf es zahlreiche Opfer gegeben hat und viele unschuldige Menschen leiden mußten,
1. bekräftigt seinen Standpunkt, den es in seiner obengenannten EntschlieÙung vom 13. April 2000 vertreten hat, und fordert den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, einen Dialog im Hinblick auf die Aufhebung des Wirtschaftsembargos einzuleiten, während gleichzeitig ein striktes Waffenembargo gegen den Irak aufrechterhalten werden soll;
 2. schlägt vor, parlamentarische Untersuchungsdelegationen zu entsenden im Hinblick auf die Einleitung eines Dialogs, mit dem festgestellt werden kann, wie das Öl-für-Nahrungsmittelprogramm ausgeweitet werden kann, um die Lebensbedingungen der irakischen Bevölkerung zu verbessern;
 3. bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die EU-Diplomatie versuchen sollte, eine Aufhebung der Flugverbotszone zusammen mit einem offiziellen Verzicht der irakischen Regierung, militärische Gewalt in der Frage der Autonomieforderungen der kurdischen Bevölkerung einzusetzen, herbeizuführen;
 4. bekräftigt, daß die Vereinten Nationen, die WHO und das Rote Kreuz weiterhin die Einfuhr und die gerechte Verteilung der Waren und Dienstleistungen überwachen werden, damit die ärmsten und schwächsten Menschen im Irak davon profitieren können;
 5. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung der Kommission, dem Rat, den Regierungen der Mitgliedstaaten und den Regierungen der Beitrittskandidaten, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und der Regierung Iraks zu übermitteln.

⁽¹⁾ Angenommene Texte Punkt 8.